

GUNTER STEPHAN, KLIMAÖKONOM

«Die Wirtschaft würde aufschreien»

Am Montag beginnt in Kopenhagen die Klimakonferenz, an deren Erfolg eigentlich niemand glaubt. Der Berner Klimaökonom Gunter Stephan erklärt, warum er trotzdem sicher ist, dass der Klimaschutz nicht mehr zu stoppen ist.

Herr Stephan, geht es bei der Klimakonferenz in Kopenhagen wirklich ums Klima?

Gunter Stephan: Schon, aber nicht nur. Es ist auch eine Art Weltwirtschaftskonferenz.

Inwiefern?

Klimawandel und Klimapolitik sind Faktoren des Standortwettbewerbs. In den letzten Jahren sind Schwellenländer wie China, Indien oder Brasilien zu den alten Wirtschaftsmächten aufgestiegen und bedrängen nun Europa, die USA und Japan. In den Augen der Aufsteiger nutzen die alten Industrieländer den Klimaschutz zum Teil als Mittel, die aufstrebende Konkurrenz aus dem Süden zu bändigen.

Aber die wissen sich gegen die Klimahürden, die der Norden verordnen will, zu wehren.

Ja, zum Beispiel dadurch, dass sie Gerechtigkeitsaspekte betonen – wir im Süden haben ein Recht auf Wirtschaftsentwicklung wie ihr im Norden. Das ist kein neues, aber ein grosses Problem, wenn man weltweite Reduktionsziele für Treibhausgase festlegen will.

Fast niemand glaubt, dass die Monsterkonferenz in Kopenhagen ein Erfolg wird. Ist es effizient, auf aussichtslosem Weg Klimalösungen zu suchen?

Ich würde hier die Effizienz nicht in den Vordergrund rücken. Wir haben bisher kaum Erfahrungen, wie man aus einer globalen Bedrohung mit so vielen Playern und Interessen Auswege fin-

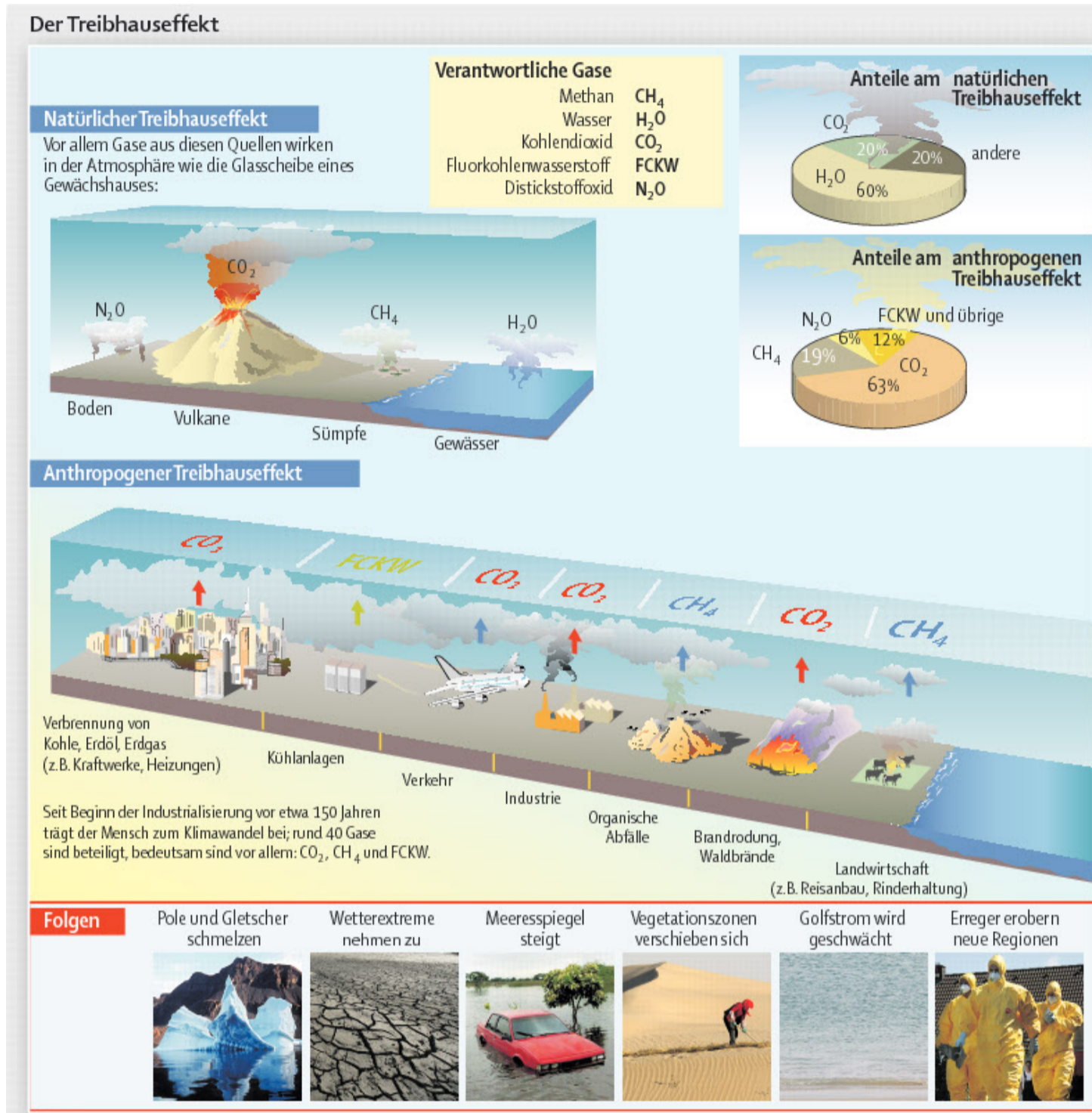
«Aus dem Klimaschutz steigen wir nicht mehr aus. Auch aus wirtschaftlichen Gründen.»

det. Deshalb ist in der Klimafrage auch der Lernprozess der Konferenz wichtig – sogar, wenn man sich in Kopenhagen nur darauf einigt, in einem halben Jahr eine Nachfolgekonzferenz anzuberaumen.

Selbst Ökonomen verweisen auf die wirtschaftlichen Kosten, die sich bis Ende Jahrhundert aufürmen, wenn wir nichts gegen den Klimawandel unternehmen.

Klimaschutz ist zwingend. Aber ich halte es für nicht angebracht, einen Masterplan mit sofortigen, sehr einschneidenden Massnahmen umzusetzen. Ich bin für moderate, aber kontinuierliche Schritte in Richtung mehr Klimaschutz. Das bringt langfristig mehr, weil man die Politik und deren Instrumente immer wieder überprüfen und allenfalls neu justieren kann.

Die ewigen kleinen Schritte bewirken doch viel zu wenig. Wegen des hohen Lebensstan-



dards ist es ein Privileg des Nordens, in dieser Frage ungeduldig zu sein. Apropos kleine Schritte: Da lassen wir heute auch in der Schweiz zu vieles ausser Acht. Warum sind die Motorfahrzeugsteuern nicht nach dem CO₂-Ausstoss abgestuft? Warum bieten Gebäudeversicherungen nicht Produkte an, die Investitionen in energieeffiziente Gebäude und andere Vorkehrungen gegen den Klimawandel belohnen?

Akzeptieren wir Klimaschutz nur, wenn damit kein Verzicht verbunden ist?

Das ist nicht die entscheidende Frage. Deutschland hat zusammen mit Dänemark stark in Windenergie investiert und ist heute der grösste Produzent von Windkraftanlagen. Klimaschutz kann Vorteile im Standortwettbewerb bringen und Wirtschaftswachstum erzeugen.

Aber?

Der Umbau auf eine klimaschonendere Wirtschaft bedeutet eine Umverteilung von Einkommen sowie den Auf- und Abstieg von Branchen. Es gibt Profiteure, aber auch Verlierer, die sich natürlich wehren und Politiker unter Druck setzen.

Gibt es den Widerspruch zwischen Wirtschaft und Klimaschutz überhaupt?

Nein. Unternehmen kalkulieren genau und sind vor allem angewiesen auf stabile Rahmenbedingungen. Schlecht sind laviierende Politiker. Als die Schweiz von der CO₂-Abgabe zurückbuchstabierte zum Klimarapport, gab es Kritik sogar aus einzelnen Industriezweigen, weil die sich schon auf das strengere CO₂-Regime eingestellt hatten. Weniger direkt reagieren private Haushalte auf wirtschaftliche Anreize. Als Konsumenten oder

Freizeitmenschen im Alltag entscheiden wir nicht nur rational nach Kosten und Nutzen. Hier spielen auch Überzeugungen, Zeitdruck oder die Bequemlichkeit mit.

Was würde passieren, wenn Kopenhagen scheitert?

Wenn kein Nachfolgeabkommen für Kyoto in Sicht käme, würde die Wirtschaft in Europa, den USA und Japan Zetermordio schreien.

Echt? Warum denn?

Die grossen Autokonzerne in Deutschland, in Japan und in den USA etwa haben in den letzten Jahren Milliarden investiert, um den Treibhausgasausstoss zu verringern. Japan hat sich gerade ein Gesetz verordnet, das zu mehr Energieeffizienz verpflichtet und auf das sich die Wirtschaft mit Investitionen ausrichtet. Würde der globale

Konsens zum Klimaschutz nun fallen, müsste die Wirtschaft in diesen Ländern erhebliche Investitionen abschreiben. Das wäre eine kleine Katastrophe.

Mit welchen Folgen?

Es ist vielleicht ganz gut, wenn man sich das mal ausmalt. Ich rechne damit, dass dann die EU, Japan und wohl auch die USA eine Koalition bilden – und zwar eine starke Koalition, weil sie nach wie vor die grossen Wirtschaftsmotoren sind. Sie würden wohl die Zusatzregel der Welthandelsorganisation anwenden, gemäss der Güter zusätzlich mit einer Importsteuer belegt werden können, die aus Ländern kommen, die den Klimaschutz missachten. Mit anderen Worten: Die aufstrebenden Schwellenländer verlören ihre Absatzmärkte in den alten Industrieländern.

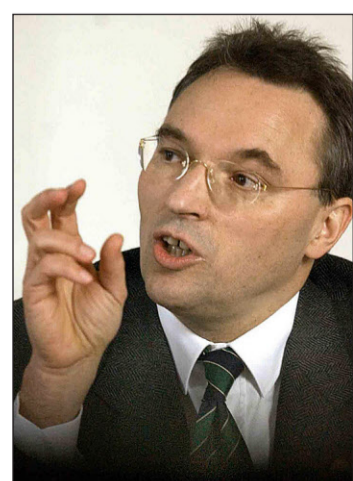
Was sie verhindern wollen.

Ja. Ich glaube, dass die zwar zaghaften, doch positiven Klimaschutzsignale etwa aus China oder Brasilien in letzter Zeit auch vor dem Hintergrund dieses Szenarios zu verstehen sind.

Sie sind ziemlich optimistisch, was den Fortschritt des Klimaschutzes angeht?
 Das bin ich, ja. Aus dem Klimaschutzzug steigen wir nicht mehr aus. Auch aus wirtschaftlichen Gründen.

INTERVIEW: JÜRGEN STEINER

Gunter Stephan, 57, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern und Vizedirektor des Nationalen Forschungsschwerpunkts Klima.



Optimistisch: Gunter Stephan, Klimaökonom.

BERLUSCONI

Beziehungen zur Mafia?

Ein ehemaliger Mafiakiller hat vor Gericht schwere Vorwürfe gegen den italienischen Regierungschef Silvio Berlusconi erhoben.

Silvio Berlusconi soll Anfang der 90er-Jahre Verbindungen zum sizilianischen Mafiaboss Giuseppe Graviano unterhalten haben. Dies behauptet Gaspare Spatuzza, ein inhaftierter ehemaliger Mafioso in einem Prozess in Turin. Sein früherer Chef Graviano habe sich ein Jahr nach einer Mafia-Mordserie 1993 damit gebrüstet, dass er dank seiner Kontakte zu Politikern wie Berlusconi und dessen Vertrauten Marcello Dell'Utri «alles bekommen» habe, sagte Spatuzza am Freitag in einem Berufungsverfahren gegen Dell'Utri. Durch diese Verbindungen habe die sizilianische Mafia «das Land in ihrer Hand» gehabt. Dell'Utri war in erster Instanz wegen Verbindungen zur Mafia zu neun Jahren Haft verurteilt worden.

1994, im Jahr nach einer Mordserie der Mafia, hatten Silvio Berlusconi und Marcello Dell'Utri die Partei Forza Italia gegründet. Mit ihr siegte Berlusconi bei der Parlamentswahl im selben Jahr und wurde erstmals Ministerpräsident.

«Gaspare Spatuzza ist ein Mann, der einen zwölfjährigen Jungen in Salzsäure aufgelöst und den Antimafia-Priester Don Pino Puglisi umgebracht hat. Seine Glaubwürdigkeit geht gegen Null», wies Maurizio Gasparri, Vorsitzender der Berlusconi-Partei PDL im Senat, die Anschuldigungen zurück. «Die Mafia geht gegen die Regierung vor, weil wir sie so gut bekämpfen», erklärte Berlusconi-Sprecher Paolo Bonaiuti. SDA/DPA

In Kürze

NATO/RUSSLAND

Zusammenarbeit beschlossen

Die Nato und Russland wollen knapp eineinhalb Jahre nach dem Einfrieren ihrer Beziehungen wieder enger zusammenarbeiten. Die Aussenminister der Nato und ihr russischer Kollege Sergei Lawrow beschlossen am Freitag in Brüssel unter anderem, eine gemeinsame Bedrohungsanalyse für die Gefahre des 21. Jahrhunderts zu erstellen. «Ich bin zuversichtlich, dass wir einander dabei nicht gegenseitig als Bedrohung betrachten», sagte Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen. «Die Einsicht wächst, dass Sicherheit in Europa nicht ohne Russland garantiert werden kann», meinte Lawrow. dpa

PAKISTAN

Anschlag auf eine Moschee

Beim Angriff eines Selbstmordkommandos auf eine Moschee in der pakistanischen Stadt Rawalpindi sind am Freitag mindestens 40 Menschen getötet worden. Über 40 weitere Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Mehrere Attentäter waren während des Gebets in die Moschee gestürzt, hatten um sich geschossen und Sprengsätze gezündet. Die Explosionen brachten auch das Dach der Moschee zum Einsturz. sda